

Referendumsabstimmung vom 9. Februar 2020 „Genehmigung Voranschlag 2020 basierend auf einem Gemeindesteuerfuss von 99 %“

Gemeinderätlicher Bericht

Die Einwohnergemeindeversammlung hat am 31. Oktober 2019 bei 141 Anwesenden mit 108 zu 16 Stimmen einen Antrag aus der Versammlung auf Beibehaltung des aktuellen Steuerfusses von 94 % abgelehnt und den Voranschlag 2020 basierend auf dem vom Gemeinderat beantragten Steuerfuss von 99 % mit 116 zu 13 Stimmen genehmigt.

Die SVP Birmenstorf hat in der Folge gegen das Budget 2020 mit 202 gültigen bei 194 erforderlichen Unterschriften erfolgreich das Referendum ergriffen. Die Argumente der SVP Birmenstorf finden Sie auf Seite 3.

Seit bald 20 Jahren setzt der Gemeinderat und mit ihm die Gemeindeversammlung auf eine rollende Werterhaltungsplanung sowohl im Tiefbau (Strassen und Werkleitungen) als auch im Hochbau (öffentliche Gebäude). Dank diesen periodischen Investitionen weisen die kommunalen Infrastrukturbauten einen guten Zustand auf.

Wie alle Gemeinden steht auch Birmenstorf vor der Herausforderung, einen Einklang zwischen zwingenden und nicht oder nur schwer direkt beeinflussbaren Ausgaben (wie Gesundheits-, Schul- und Sozialkosten), vom Kanton vorgegebene Abgaben (wie den Finanzausgleich) und «freiwilligen» Ausgaben für ein attraktives Standortangebot zu finden.

Mit Angeboten wie Mittagstisch, Spielplätze für Kinder, Aktivitäten für Senioren oder durch die Unterstützung von Vereinen in Form kostenloser Infrastrukturbenützung hat sich die Gemeinde Birmenstorf in den letzten Jahren als familienfreundliches, generationenübergreifendes Dorf positioniert.

Trotz diesen Investitionen konnte der Steuerfuss in den letzten 10 Jahren kontinuierlich gesenkt werden.

Der Gemeinderat vertritt die Ansicht, dass die erarbeitete (Standort-) Qualität weiterhin erhalten bleiben und nicht einseitig einem tiefen Steuerfuss geopfert werden soll. Auf der anderen Seite ist der Gemeinderat aber gleichermassen davon überzeugt, dass Investitionen jeweils auszufinanzieren sind. In diesem Sinne betrachtet er den Steuerfuss nach wie vor nicht als statischen Wert, dem es alles unterzuordnen gilt, sondern – wie schon bis anhin - als dynamisches Instrument, ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner und beschlossen durch die Gemeindeversammlung!

Das Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahre sowie der haushälterische Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, ermöglichte der Gemeinde eine Finanzierung dieser Dienstleistungen bei einem gleichbleibenden, tiefen Steuerfuss.

Gerade die nicht beeinflussbaren Ausgaben sind in den letzten Jahren stetig gewachsen und stellen für die Gemeinde eine grosse Herausforderung dar. Gleichzeitig sind Investitionen in die Zukunft der Gemeinde unabdingbar.

Die Gemeindeversammlungen vom Juni und Oktober 2019 haben die Erweiterung des Schulraumes (eigenständiger Anbau an die Halle Träff) als Erfordernis für einen optimalen Schulbetrieb bestätigt und die für die Planung und Umsetzung erforderlichen Gelder gesprochen. Die daraus entstehenden finanziellen Verpflichtungen liegen in der Grössenordnung von rund 4 Steuerprozenten.

Der Gemeinderat stellt sich diesen Herausforderungen und will den Gemeindehaushalt auch inskünftig, ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Gemeinde, im Lot halten. Dazu prüft der Gemeinderat ergebnisoffen alle Möglichkeiten, um diese Absicht erfolgreich umzusetzen. Ein erstes Beispiel ist, wie an der letzten Gemeindeversammlung informiert, die Integration des Sozialdiensts in die Verwaltung. Diese strukturelle Änderung wird sich nicht zuletzt aufgrund der absehbaren Synergien positiv auf die Kosten der Gemeinde auswirken.

Der Gemeinderat erachtet seine Strategie der steten Finanzentwicklung und der Kosteneinsparung an Orten, die das Gemeinwohl nicht oder nur marginal tangieren als sinnvoller, nachhaltiger und zukunftsorientierter.

Mit einem **Ja in der Referendumsabstimmung** vom 09. Februar 2020 bestätigen Sie nicht nur die seit Jahren anhaltende Strategie der ausgeglichenen Budgets. Sie ermöglichen es dem Gemeinderat auch, das breite Dienstleistungsangebot mit einem nach wie vor unterdurchschnittlichen Steuerfuss aufrecht zu erhalten. Die erneute Bestätigung des Voranschlags 2020 ermöglicht es dem Gemeinderat zudem, Sparmassnahmen dort einzuleiten, wo sie sinnvoll, nachhaltig, zukunftsorientiert und machbar sind.

Bei einem **Nein in der Referendumsabstimmung** vom 09. Februar 2020 hat der Gemeinderat der Gemeindeversammlung ein neues Budget 2020 zum Entscheid zu unterbreiten. Bis zur Genehmigung dieses Budgets ist der Gemeinderat aufgrund einschlägigen finanzrechtlichen Vorgaben dazu verpflichtet, die Ausgaben auf das Unerlässliche zu beschränken. Darüberhinausgehenden, budgetierten Vorhaben sind bis zum Vorliegen eines rechtsgültigen Voranschlags mindestens zu sistieren. So ua auch die weiteren Abklärungen für die Neuorganisation des Sozialdienstes, von welcher sich der Gemeinderat übrigens vom Start weg Kosteneinsparungen verspricht.

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, am 9. Februar 2020 mit einem JA an der Urne den Voranschlag 2020 basierend auf einem Gemeindesteuerfuss von 99 % zu genehmigen, bzw. den einschlägigen Gemeindeversammlungsbeschluss vom 31. Oktober 2019 zu bestätigen und damit das Budget 2020 unmittelbar anschliessend zum Vollzug freizugeben.

Argumente der SVP Birmenstorf gegen den Voranschlag 2020 mit einem Gemeindesteuerfuss von 99% (bisher 94%)

An der Gemeindeversammlung vom 31. Oktober 2019 hat die Mehrheit der Anwesenden für den Voranschlag 2020 mit einem 5% höheren Gemeindesteuerfuss von neu 99% gestimmt. Die SVP Birmenstorf hält diese Entscheidung mit all ihren Auswirkungen aber für so bedeutend, dass alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über das wichtige Geschäft schriftlich bestimmen sollen und hat daher erfolgreich das Referendum ergriffen.

Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat für das Budget 2020 grössere Anstrengungen vornehmen muss, um die Erhöhung des Gemeindesteuerfusses tiefer anzusetzen.

Hätte der Gemeinderat nicht schon im Sommer 2019 einen Einbruch der Einnahmen bemerken sollen, bevor die Planung weiterer Projekte vorangetrieben wurde?

Der Gemeinderat will nun im April beraten und in den nächsten 2-3 Jahren versuchen, diverse Ausgaben zu prüfen und zu kürzen. Wir fragen uns, warum der Gemeinderat eine Kürzung der Ausgaben nicht schon für den Voranschlag 2020 in Betracht gezogen hat und sind der Meinung, Kürzungen sollten nicht aufgeschoben werden.

Folgende Gründe haben die SVP Birmenstorf nach der Gemeindeversammlung bewogen, gegen den Voranschlag 2020 zu opponieren:

- Die Schulraumerweiterung; Um- und Anbau Träff über CHF 5'000'000 ist noch nicht im Steuerfuss berücksichtigt und wird ab 2021 zusätzliche **4 Steuerprozente** für den Betrieb und die Abschreibungen kosten.
- In den Bereichen Bildung, soziale Sicherheit und Gesundheit muss die Gemeinde deutliche Kostensteigerungen tragen. Zukünftig werden höhere Kosten für Pflege und Spitalfinanzierung auf die Gemeinde zukommen.
- In der Vergangenheit hat der Gemeinderat das Dienstleistungsangebot massiv ausgebaut (z.B. neue Stelle eines Bauverwalters, Kosten für Jugendarbeit und Schulsozialdienst inkl. Raumbedarf). Zudem wurde an der letzten Gemeindeversammlung der Austritt aus dem Gemeindeverband Jugend-, Familien- und Seniorenberatung im Bezirk Baden per Ende 2021 beschlossen, was in der Verwaltung wiederum zu einem höheren Stellenpensum führen wird und in den ersten Jahren beachtliche Mehrkosten aufwerfen wird.
- Gemäss Investitionsplan sind CHF 1'500'000.- für ein neues Bauamt, CHF 450'000.- für neue Feuerwehrfahrzeuge sowie Strassensanierungen für CHF 400'000.- geplant, welche weitere jährliche Kosten generieren werden.
- Es darf nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass künftige Ausgaben durch Einnahmen aus dem zur Diskussion stehenden neuen Kiesabbaugebiet Grosszelg finanziert werden können.

Aus den obgenannten Gründen lehnen wir das Budget 2020 ab und weisen es an den Gemeinderat zurück. Wir fordern den Gemeinderat auf, alle Sparmassnahmen zu ergreifen und voll auszuschöpfen, bevor der Steuerfuss derart massiv erhöht werden muss.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden deshalb aufgerufen, ein **"Nein"** für den Voranschlag 2020 in die Urne zu legen.